

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Halbjahresfinanzbericht

zum

30. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 – 30. Juni 2010

Anhang

Zwischenlagebericht

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Zwischenbilanz

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Düsseldorf

zum

30. Juni 2010

AKTIVA			PASSIVA	
	30. Juni 2010 Euro	30. Juni 2009 TEuro		
	30. Juni 2010 Euro	30. Juni 2009 TEuro	30. Juni 2010 Euro	30. Juni 2009 TEuro
1. Barreserve Kassenbestand	465,20	0	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten täglich fällig	9.748,14 20
2. Forderungen an Kreditinstitute täglich fällig	2.943.613,07	2.823	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	49.907,23 12
3. Forderungen an Kunden	170.240,60	160	3. Handelsbestand	1.491.313,33 704
4. Handelsbestand	6.188.008,64	3.781	4. Treuhandverbindlichkeiten	39.404,82 21
5. Treuhandvermögen	39.404,82	21	5. Sonstige Verbindlichkeiten	231.877,87 139
6. Immaterielle Anlage entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.004.137,97	1.484	6. Rechnungsabgrenzungsposten	98.150,28 75
7. Sachanlagen	282.149,02	268	7. Rückstellungen a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	180.326,00 115
8. Sonstige Vermögensgegenstände	109.003,91	264	b) Steuerrückstellungen	2.685,00 0
9. Rechnungsabgrenzungsposten	85.118,91	66	c) andere Rückstellungen	<u>1.789.997,37</u> <u>1.973.008,37</u> 1.698 1.813
			8. Nachrangige Verbindlichkeiten	1.000.000,00 1.000
			9. Fonds für allgemeine Bankrisiken	360.000,00 0
			10. Eigenkapital	
			a) gezeichnetes Kapital	2.801.785,00 2.802
			b) Kapitalrücklage	2.121.072,00 2.121
			c) Gewinnrücklagen	
			ca) gesetzliche Rücklagen	66.328,91 66
			cb) andere Gewinnrücklagen	<u>0,00</u> <u>260</u>
			d) Gewinn- / Verlustvortrag	66.328,91 326
			e) Jahresüberschuß	15.268,99 -187
				<u>564.277,20</u> 21
	<u>10.822.142,14</u>	<u>8.867</u>		
			<u>10.822.142,14</u>	<u>8.867</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf,
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2010

	30. Juni 2010 Euro	30. Juni 2009 TEuro
1. Zinserträge aus		
a) Kredit - und Geldmarktgeschäften	5.619,14	20
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0	19
2. Zinsaufwendungen	<u>46.279,91</u> <u>-40.660,77</u>	<u>64</u> <u>-25</u>
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	41.290,12	63
4. Provisionserträge	1.685.848,24	1.949
5. Provisionsaufwendungen	<u>242.382,14</u> 1.443.466,10	<u>103</u> 1.846
6. Ergebnis des Handelsbestandes		
a) Ertrag des Handelsbestandes	9.608.848,38	11.867
b) Aufwand des Handelsbestandes	<u>7.576.987,90</u> 2.031.860,48	<u>10.814</u> 1.053
7. Sonstige betriebliche Erträge	114.037,79	241
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	1.441.747,29	1.248
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>164.204,32</u> 1.605.951,61	<u>162</u> 1.410
b) andere Verwaltungsaufwendungen	<u>1.201.684,23</u> 2.807.635,84	<u>1.482</u> 2.892
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	233.274,59	252
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.574,80	11
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	9.537,50	0
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	88.000,00	
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	625.970,99	23
14. Außerordentliche Aufwendungen	59.553,00	0
15. Außerordentliches Ergebnis	-59.553,00	0
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	691,79	0
17. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen	<u>1.449,00</u> 2.140,79	<u>2</u> 2
18. Jahresüberschuss	564.277,20	21

Anhang der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf zum 30. Juni 2010

A. Allgemeine Angaben und Bilanzierungsänderungen

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2010 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

1. Allgemeines

Der Zwischenabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Halbjahr 01.01. – 30.06.2010 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Euro teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** und **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Wertpapiere deren Zeitwert am 30.06.2010 über den Anschaffungskosten lag, wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Schlusskursen zum 30.06.2010 in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Das erworbene Recht auf Skontroführung für Titel des regulierten Marktes wird linear über eine Laufzeit von vier Jahren (i. V. Einzelskonten ebenfalls vier Jahre) abgeschrieben. Das erworbene Recht auf Skontroführung im Freiverkehr unterliegt einer linearen Abschreibung von zehn Jahren (i. V. Einzelskonten ebenfalls zehn Jahre).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Erfüllungsbetrag nach Bestimmungen des §253 Abs. 1 und 2 HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,25 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Aufgabengeschäften gebildet. Dabei wurden für die Rückstellungen alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2009 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft unter folgendem Link veröffentlicht:

<http://www.schnigge.de/investor-relations/corporate-governance.html>

C. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die anderen **Forderungen an Kreditinstitute** und **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis drei Monaten.

2. Fremdwährung

Zum Bilanzstichtag betrug der Währungsbestand eines in GBP geführten Bankkontos TEUR 155.

3. Handelsbestand

Für die zum Bilanzstichtag im Handelsbestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1a RechKredV folgende Aufgliederung:

<u>Handelsbestand (Aktiva)</u>	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	456	456	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.732	5.692	40
	<u>6.188</u>	<u>6.148</u>	<u>40</u>

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 694.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Handelsaktiva enthalten einen Teilbetrag von TEUR 37, der innerhalb der auf den Bilanzstichtag folgenden 12 Monate fällig wird.

<u>Handelsbestand (Passiva)</u>	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Lieferverpflichtungen:			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75	75	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.416	1.416	0
	<u>1.491</u>	<u>1.491</u>	<u>0</u>

Die Wertpapiere des Handelsbestandes wurden gemäß § 340e HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Wertpapiere der Aktiva deren Zeitwert am 30.06.2010 über den Anschaffungskosten lag, wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Der Risikoabschlag wurde analog auch bei Wertpapieren der Passiva vorgenommen deren Zeitwert unter den Anschaffungskosten lag. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Schlusskursen zum 30.06.2010 in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet.

Der Risikoabschlag wurde im weitgehenden Einklang mit der internen Unternehmenssteuerung mit 50% angesetzt. Der Aufwand für ein zu entwickelndes Modell eines Risikoabschlages würde aufgrund der hohen Anzahl an Wertpapierpositionen in keinem Verhältnis zum Mehrwert gegenüber dem pauschalen Ansatz von 50% stehen. Der Risikoabschlag zum 30.06.2010 beträgt TEUR 28.

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>Anschaffungskosten</u>			<u>Abschreibungen</u>		<u>Buchwert</u>	
	Stand am	Zugänge	Abgänge	Stand am		Stand am	
	1.1.2010			30.6.2010	2010	kumuliert	30.6.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte	1.924	2	0	1.926	155	922	1.004
Sachanlagen	1.957	55	9	2.003	78	1.721	282
	3.881	57	9	3.929	233	2.643	1.286

Die Gesellschaft besitzt keine eigen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 183 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 109 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 85 Forderungen gegen einen Mitarbeiter und mit TEUR 17 Forderungen aus Steuern.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 232 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 179 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen sowie mit TEUR 47 Verbindlichkeiten aus abzuführender Lohn- und Kirchensteuern.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.790 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 902 auf Beiträge (davon TEUR 900 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 347 auf Tantiemen, mit TEUR 45 auf Jahresabschluss-, Beratungs- und sonstige Prüfungskosten sowie mit TEUR 205 auf Dienstleistungs- und Rechtsanwaltskosten .

9. Nachrangige Verbindlichkeiten

In dem Darlehensvertrag vom 26. Mai 2008 mit der Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg, wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.000 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht. Das Nachrangdarlehen wird mit 8,0 % p. a. verzinst.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Aufwendungen für das nachrangige Darlehen sind für den Zeitraum bis 30.06.2010 in Höhe von TEUR 40 sind als Zinsaufwendungen verbucht.

Die Augur Financial Opportunity SICAV tritt mit ihrer Forderung auf Rückzahlung des Darlehens hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die keinen Rangrücktritt erklärt haben ("Vorrangforderungen"), in dem Umfang und so lange zurück, wie es zur Vermeidung einer Überschuldung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erforderlich ist. Demgemäß kann die Augur Financial Opportunity SICAV die Begleichung der Forderung nur insoweit verlangen, wie entweder sämtliche Vorrangforderungen vollständig beglichen sind oder aber das nach Rückzahlung der Forderung verbleibende freie Vermögen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Begleichung sämtlicher Vorrangforderungen ausreicht.

Soweit der Rangrücktritt reicht, ist die Forderung der Augur Financial Opportunity SICAV auf dem Rang des § 39 Absatz 2 InsO beschränkt.

Das Darlehen wird der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Vollauszahlung des Darlehens zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums kann sowohl die Augur Financial Opportunity SICAV, als auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG das Darlehen jeweils ganz oder teilweise mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderquartals ordentlich kündigen.

Eine Beschränkung des Nachrangs sowie eine Verkürzung der Laufzeit im Wege einer nachträglichen Änderung der Vereinbarung sind ausgeschlossen.

Die Aufrechnung des Darlehens gegen Forderungen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der im Geschäftsjahr 2009 dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführte Betrag in Höhe TEUR 360 bleibt unverändert bestehen.

11. Eigenkapital

Grundkapital

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag unverändert zusammen aus 2.801.785 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung in 2008 erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB), sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 wurde das in der Hauptversammlung vom 30. August 2005 genehmigte Kapital 2005, das bis dahin bis auf EUR 395.357,00 aufgebraucht war, aufgehoben.

Der Vorstand wird mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, bis zum 23. Juni 2014 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmal oder mehrfach um bis zu insgesamt EUR 1.400.892,00 durch Ausgabe von bis zu 1.400.892 neuen Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2009). Den Aktionären ist das Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Ein Bezugsrechtsausschluss ist jedoch nur in bestimmten Fällen zulässig.

Bedingtes Kapital

Der Beschluss über die Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelanleihen und die Schaffung des Bedingten Kapitals 2005 vom 30. August 2005 wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 aufgehoben und durch einen neuen Beschluss über die Erteilung einer Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelanleihen und der Schaffung eines neuen Bedingten Kapitals 2009 ersetzt

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 24. Juni 2009 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 7.000.000,00 mit Wandlungsrecht oder mit in Optionsscheinen verbrieften Optionsrechten auf bis zu 1.400.892 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu EUR 1.400.892,00 und einer Laufzeit von längstens 20 Jahren nach näherer Maßgabe der Options- und/oder Wandelanleihebedingungen auszugeben (Schuldverschreibungen). Die Ausgabe der Schuldverschreibungen kann auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen. Die Ermächtigung umfasst auch die Möglichkeit, für von Konzerngesellschaften (d.h. hundertprozentige unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaften der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG) ausgegebene Schuldverschreibungen die erforderlichen Garantien zu übernehmen und zur Erfüllung der mit diesen Schuldverschreibungen eingeräumten Wandlungs- oder Optionsrechte auf den Inhaber lautende Aktien der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu gewähren.

Die Ermächtigung gilt bis zum 23. Juni 2014. Die Schuldverschreibungen können einmalig oder mehrmals, insgesamt oder in Teilen begeben werden. Die einzelnen Teilschuldverschreibungen sind mit unter sich jeweils gleichrangigen Rechten und Pflichten versehen.

12. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Im laufenden Geschäftsjahr 2010 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten. Zum 30. Juni 2010 beträgt der Anteil der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, an unserer Gesellschaft 90,147 %.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 44 Kostenerstattungen sowie mit TEUR 45 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

2. Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 3 periodenfremde Erträge. Sie betreffen Erstattung von Börsengebühren

3. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses angefallen:

a)	Abschlussprüfung	TEUR	42
b)	Sonstige Bestätigungsleistungen (Prüfung nach § 36 WpHG)	TEUR	7
c)	Steuerberatungsleistungen	TEUR	0
d)	Sonstige Leistungen	TEUR	0

4. Außerordentlicher Aufwand

Der Außerordentliche Aufwand enthält die durch BilMoG indizierten Umstellungseffekte der Pensionsrückstellungen per 01.01.2010. Von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB den Aufwand auf bis zu 15 Jahre zu verteilen, wurde nicht Gebrauch gemacht, so dass die auf Grund der geänderten Bewertungen vorzunehmenden Zuführungen zu den Rückstellungen in voller Höhe vorgenommen wurden.

5. Latente Steuern

Unter Berücksichtigung aller Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz sowie steuerlicher Verlustvorträge sind keine latenten Steuern auszuweisen.

D. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.000 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 1.111. Sie gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:

Laufzeit bis 1 Jahr	TEUR	92
Laufzeit über 1 bis 5 Jahre	TEUR	1.019
Gesamt	TEUR	<u>1.111</u>

Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften sind in den anderen Rückstellungen enthalten.

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), GB – Richmond, Surrey

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.
- Formaxx AG, Hannover

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- cash.life AG, Pullach
- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.

Mitglied des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding I S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding IV S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg

Mitglied des Beirates

- Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
- EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin
- cash.life AG, Pullach

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

- max.xs financial services AG, Frankfurt/M.
- VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt/M.

Mitglied des Verwaltungsrates

- Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding II S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur Financial Holding III S.A., Luxemburg/Luxemburg
- Augur FIS, Luxemburg/Luxemburg
- Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, Düsseldorf (seit 1. Januar 2010)

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- ACM AG, Aachen
- ComS.I.T. AG, Zolling
- Incam AG, Meerbusch

Mitglied des Aufsichtsrates

- financialbot.com AG, Meerbusch
- KEP AG, Köln

Beirat

- Victoria Beratungs GmbH, Frankfurt/M.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Bankkaufmann, Krefeld (Vorsitzender)

Martin Liedtke, Bankkaufmann/-betriebswirt, Rosbach
zugleich Mitglied des Vorstandes der Concord Capital
Management AG, Frankfurt/M.

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Aufwendungen für Aufsichtsratsvergütungen fielen im ersten Halbjahr 2010 in Höhe von
TEUR 12 an.

5. Konzernzugehörigkeit

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ein verbundenes Unternehmen innerhalb
der Augur Capital-Gruppe. Die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
ist in Luxemburg von der Aufstellungspflicht für einen Konzernabschluss befreit.

6. Mitarbeiter

Im Zeitraum vom 01.01. – 30.06.2010 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank
AG - inklusive Vorstand - durchschnittlich 25 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag wa-
ren 25 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt auf-
teilen:

	<u>Anzahl</u>
Vorstand	2
Angestellte Handel	18
Angestellte Verwaltung	<u>5</u>
	<u><u>25</u></u>

Zwischenlagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf zum 30.6.2010

Geschäftsverlauf und – lage

Das Marktumfeld für die Geschäftsfelder der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG war im ersten Halbjahr 2010 in der Gesamtbetrachtung als sehr schwierig zu bezeichnen. Ursächlich hierfür waren die unverändert großen Unsicherheiten aufgrund der Schuldenkrise vieler - insbesondere südlicher europäischer – Staaten sowie die Nachwirkungen der noch nicht gänzlich ausgestandenen Finanzmarktkrise.

Die Skontroführung für den Fondshandel konnte von einer erhöhten Umsatztätigkeit bei für die Rückgabe geschlossenen Immobilienfonds profitieren. Die Möglichkeit des Fondshandels über die Börse kommt durch die verstärkte öffentliche Diskussion / Stellungnahmen auch in den Printmedien immer mehr beim Endkunden an. Die weitere Entwicklung bzgl. der Umsatztätigkeit in diesem Geschäftsbereich bleibt abzuwarten und kann keineswegs für die Zukunft fortgeschrieben werden.

Unseres Erachtens nach ist auch im zweiten Halbjahr 2010 nicht von einer Verbesserung auszugehen.

Trotz dieser Rahmenbedingungen konnte sich die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Ergebnis behaupten.

Bilanz- und Geschäftsentwicklung

Das Bruttoergebnis der Gesellschaft für das 1. Halbjahr 2010 betrug TEUR 3.476 (VJ: TEUR 2.937). Das Provisionsergebnis TEUR 1.443 (VJ: TEUR 1.846). Das Ergebnis des Handelsbestandes betrug TEUR 2.032 (VJ: TEUR 1.053). Im 1. Halbjahr 2010 sanken die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auf 2.808 TEUR (VJ: TEUR 2.892), wobei der Personalaufwand auf 1.606 TEUR (TEUR 1.410) anstieg und die anderen Verwaltungsaufwendungen mit TEUR 1.202 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (TEUR 1.482) abnahmen. Als sonstige betriebliche Erträge fielen TEUR 114 nach TEUR 241 an. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden in Höhe von TEUR 233 (TEUR 252) vorgenommen. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erreichte TEUR 626 (untestiert) nach TEUR 23 im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Aufwandes in Höhe von TEUR 60 sowie des Steueraufwandes von TEUR 2 verringerte sich der untestierte Jahresüberschuss auf TEUR 564 (VJ: TEUR 21).

Die folgenden Abschnitte sollten in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht und dem Risikobericht im Geschäftsbericht 2009 gelesen werden:

Risikobericht

Als für unsere Gesellschaft wesentliche relevante Risiken haben wir folgende definiert: Adressenausfallrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken. Adressenausfallrisiken bedeuten die Gefahr des Ausfalls von vertraglich zugesagten Leistungen oder entgangenen Gewinnen durch einen Vertragspartner. Wir unterscheiden zwischen Kontrahentenrisiken und Emittentenrisiken. Kontrahentenrisiken sind für uns zu vernachlässigen, da unsere Börsengeschäfte fast ausschließlich „Zug um Zug“ abgewickelt werden. Emittentenrisiken werden permanent, auch untertäglich in Aktiennettopositionen einzelner Gattungen überprüft. Hier sind feste Limite vorgegeben. Die Marktrisiken werden täglich von der Controlling-Abteilung nach Art und Höhe ermittelt. Der Vorstand hat Limite für jeden Bereich beschlossen, die in Handelsrichtlinien zusammengefasst sind. Die Risiken aus den Wertpapierpositionen werden permanent gemessen und überwacht, um sie so gering wie möglich zu halten. Operationelle Risiken beziehen sich auf alle Risiken, welche mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Unerwartete Fehler in Prozess- und Arbeitsabläufen können solche Risiken mit sich bringen. Die Übertragung und Auslagerung zentraler operativer Prozesse auf spezialisierte Abwickler hat die entsprechenden Risiken weiter minimiert. Darüber hinaus sind unsere Systeme redundant ausgelegt. Dennoch kann es zu Störungen kommen, welche sich negativ auf unsere Geschäftstätigkeit auswirken.

Ausblick

Trotz durchaus positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in unserem Lande und aktuell erhöhten Erwartungen des Bruttoinlandsproduktes in 2010 sind die Rahmenbedingungen für unser Unternehmen im restlichen Jahresverlauf als unverändert schwierig zu bezeichnen. Die bestehenden Unsicherheiten belasten auch weiterhin den seit einigen Monaten sich nahezu seitwärts in einer Bandbreite zwischen 5700 – 6300 Punkten im DAX bewegendem Aktienmarkt.

Wir sehen uns in den folgenden Monaten des Geschäftsjahres auf dieses Umfeld im Rahmen unserer Möglichkeiten gut vorbereitet.

Unter Beibehaltung unserer Kosten- und Risikodisziplin werden wir auch zukünftig weiter in attraktive Geschäftsansätze investieren, um das Unternehmen auf eine breitere Ertragsbasis zu stellen.

Die Deutsche Börse AG plant einen vorzeitigen Wechsel der Skontroführertätigkeit zu einem Spezialisten im Bereich der Aktien und Rentenwerte zum März 2011. Die Abstimmungsprozesse sind mittlerweile sehr weit gediehen. Inwieweit diese Veränderung letztendlich auch für die im regulierten Markt gehandelten Titel umgesetzt wird, ist aufgrund der erforderlichen einvernehmlichen Mitwirkung aller Skontroführer abzuwarten. Die Auswirkungen auf die Erträge dieses Geschäftsbereiches sowie evtl. negative Veränderungen durch erhöhte Kapitalanforderungen aufgrund des Systemwechsels von Xontro auf XETRA sind derzeit nicht abschließend einzuschätzen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass der Halbjahresfinanzbericht unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so darstellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Dieser Halbjahresfinanzbericht ist als verkürzter Abschluss und Zwischenlagebericht weder einer prüferischen Durchsicht noch entsprechend § 317 ff HGB geprüft worden.

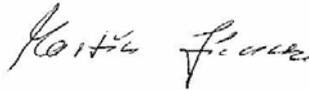
Düsseldorf, den 30. August 2010

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Der Vorstand



Florian Weber



Martin Liedtke